

# Das Geld aus der Druckmaschine und die Marktwirtschaft

von

Heiner Flassbeck

Börsenzeitung, ... September 2012

Viele Menschen, und etwa 95 Prozent aller Ökonomen, sind fest davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft ein wunderbar sich selbst regulierendes System ist, bei dem staatliche Eingriffe grundsätzlich schädlich sind. Natürlich gilt das auch, oder sogar ganz besonders, beim Geld. Dass der Staat seit einigen Jahrzehnten mit Hilfe von Notenbanken Geld produziert, wird gerade noch hingenommen. Es muss aber Sorge dafür getragen werden, dass das unter ganz strengen Regeln geschieht, die Notenbanken unabhängig von der Politik sind und strikt nur dem Ziel verpflichtet werden dürfen, den Geldwert jederzeit stabil zu halten. Alle „guten“ Ökonomen würden hinzufügen, dass das Papiergeld zwar eine ganz nützliche Erfindung sei, aber mit dem Erfolg der Marktwirtschaft als solche nicht viel zu tun hat. Dazu, würden sie argumentieren, braucht man tüchtige Unternehmer und flexible Märkte, während das Geld höchstens, wie das Öl im Motor, ein notwendiges Schmiermittel sei.

Erstaunlicherweise hat gerade der Ökonom, der die einzig überzeugende Theorie über marktwirtschaftliche und unternehmerische Dynamik vorgelegt hat, nämlich Joseph Schumpeter, das ganz anders gesehen. Für ihn waren „Die Rechenpfennige“ und die künstliche Geldschöpfung durch das Bankensystem ein ganz wesentlicher Bestandteil des marktwirtschaftlichen Erfolges in Sachen Investition und Innovation und nicht nur ein Nebenaspekt. Schumpeter hatte klar gesehen, dass nur die Geldschöpfung der Marktwirtschaft erlaubt, sich zu entwickeln, zu wachsen also und unternehmerische Erfolge zu ermöglichen.

Um das zu verstehen, muss man sich kurz vor Augen halten, wie unvollkommen und krisenanfällig der Prozess von Sparen und Investieren wäre, gäbe es kein „Geld aus dem Nichts“, Geld also allein geschaffen von der Zentralbank oder dem Bankensystem. Der Akt des Sparens, der Versuch also, von einem erzielten Einkommen einen Teil zurückzulegen, um ihn später zu konsumieren, ist nämlich nicht, wie die meisten Ökonomen noch immer fest glauben, die Krönung der marktwirtschaftlichen Dynamik, weil sie dem investitionswilligen Unternehmer die Mittel zur Verfügung stellt, mit denen er die Entwicklung vorantreibt. Im Gegenteil, das Sparen ist potentiell die größte Störungsquelle des marktwirtschaftlichen Systems!

Gespart werden kann ja immer nur aus Einkommen, das in der Vergangenheit erzielt wurde, und zwar mit Hilfe von Produktionskapazitäten, die genau dieses Einkommen, nicht mehr und nicht weniger, hergaben. Entscheiden sich jetzt die Arbeiter- und Unternehmerhaushalte, von diesem erzielten Einkommen, 15 oder 20 Prozent nicht wieder auszugeben, können die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr ausgelastet werden und der Anreiz der Unternehmen zu investieren sinkt. Aber selbst wenn der Staat, die Unternehmen (für Ersatzinvestitionen) und das Ausland die Ersparnisse als Kredite bei den Banken nachfragen, also neue Schulden in Höhe der Ersparnisse aufnehmen und das aufgenommene Geld vollständig für Konsum und/oder Investitionen ausgeben, werden die vorhandenen Kapazitäten gerade nur so viel ausgelastet wie in der

Vorperiode. Etwas Neues kann nicht entstehen, weil dazu einfach keine finanziellen Mittel vorhanden sind. Im besten Falle also, im Fall hoher Verschuldungsbereitschaft des Staates und der Unternehmen im In- und Ausland, verharrt die Wirtschaft in einem stationären Zustand. Aber der Fall ist äußerst unwahrscheinlich, weil die Unternehmer selbst bei hoher Verschuldung des Staates und des Auslandes ihre eigene Verschuldung nicht erhöhen werden, wenn sie dauernd Sorge haben, die vorhandenen Kapazitäten nicht auslasten zu können. Fallen, wie derzeit im Euroland, der Staat und das Ausland als Schuldner aus, führt mehr Sparen der privaten und öffentlichen Haushalte direkt in eine tiefe Krise, die von der unternehmerischen Wirtschaft niemals aufgehalten werden kann.

Diese inhärente Tendenz eines marktwirtschaftlichen Systems, sich selbst zu strangulieren, kann allerdings in einer Papiergeldwirtschaft mit geeigneter Geldpolitik prinzipiell überwunden werden. Wird Geld aus dem Nichts zu geringen Zinsen denjenigen zur Verfügung gestellt, die noch gar keine Produktionskapazitäten und Einkommensansprüche an den vorhandenen Kapitalstock haben, können damit Güter zu Investitionszwecken selbst dann gekauft werden, wenn die Ersparnisse der Vorperiode vollständig von den oben genannten Sektoren aufgebraucht würden. Wachstum für die Gesamtwirtschaft wird aus dem Zusammenspiel von alt und neu aber nur unter zwei Bedingungen generiert : Erstens, die retardierenden Effekte der „alten Wirtschaft“ dürfen nicht zu stark oder die anregenden Effekte der neuen Wirtschaft müssen sehr stark sein. Zweitens, die Investitionen, die mit dem neu geschaffenen Geld finanziert werden, müssen potentiell Ertrag bringend für die Gesamtwirtschaft sein. Beide Problembereiche erfordern aktive Wirtschaftspolitik und zwar eine Politik, die weit über die deutsche Minimalvorstellung von „Ordnungspolitik“ hinausgeht.

Der erste Punkt betrifft die konjunkturelle Dynamik, die vom Staat und der Geldpolitik nicht ignoriert oder vernachlässigt werden darf. Die berühmte „Transmission geldpolitischer Impulse“ ebenso wie die Wirksamkeit der Fiskalpolitik sind vor allem abhängig von den Einkommenserwartungen der privaten Haushalte und der Unternehmen und deren Ausgabeverhalten. Weder darf die Zentralbank in einer falschen Fixierung auf das Inflationsziel ihre Rolle bei der Anregung der neuen Investitionen aus dem Auge verlieren, noch darf der Staat seine Verschuldungsstrategie unabhängig von der Verschuldungsmöglichkeit der anderen Sektoren festlegen. Die Schuldenbremse im Grundgesetz ist genau das Gegenteil des Richtigen.

Der zweite Punkt betrifft die Regulierung der Finanzmärkte. Finanzmärkte haben die Aufgabe, die Zentralbank in der Finanzierung der Investitionen in neue Produktionsanlagen und innovative Verfahren zu unterstützen. Sonst nichts! Ein Bankensektor, der zum scheinbaren Selbstläufer geworden ist und sich überwiegend in Kasinoaktivitäten ergeht, ist nicht nur nutzlos, er richtet Schaden an. Er verzerrt gesamtwirtschaftlich wichtige Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Zinsen für Staatsanleihen. Hier hat zum einen die Zentralbank die Aufgabe, durch direkte Intervention lenkend einzugreifen und den Teilnehmern an diesen Kasinoaktivitäten systematisch Verluste zuzufügen, um sie abzuschrecken. Wichtiger aber noch ist, dass der Staat und die Staatengemeinschaft diese Aktivitäten unterbinden oder doch so weit einschränken, dass Preisverzerrungen und die finanzielle Krisenanfälligkeit des Systems gegen Null gefahren werden.